

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 06/2023 vom 09.02.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *29. WOŚP-Finale: Ein Rekord wurde gebrochen, über 127 Millionen PLN wurden gesammelt*
- *Sikorski: Der Westen hat den Rubikon überschritten*
- *Professor Markowski: Ich will nicht zu sehr erschrecken, aber im Herbst werden in Polen sehr unangenehme Dinge passieren*
- *Böse Juden und Ukrainer, armes Russland. Es gibt Beweise dafür, dass die PiS Hassreden fördert*
- *Orlen finanziert immer noch Putin. Und erzielt damit hohe Gewinne*
- *So etwas gibt es nur in Polen. Denn diese Machthaber dürfen alles*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

29. WOŚP-Finale: Ein Rekord wurde gebrochen, über 127 Millionen PLN wurden gesammelt



Quelle: rp.pl

Während des 29. Finales des *Großen Orchesters der Weihnachtshilfe* wurde eine Rekordsumme von 127 495 626 PLN gesammelt. Das Geld soll für die Anschaffung von Geräten für die Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde und Kopfdiagnostik gespendet werden.

Das 2021 stattfindende Finale des *Großen Orchesters der Weihnachtshilfe* stand unter dem Motto „Finale mit Kopf“. Rund 120 000 Freiwillige sammelten Geld. Auch online und in Dutzenden von Ländern auf der ganzen Welt, darunter im Vereinigten Königreich, in Australien, Frankreich, Deutschland und in den Vereinigten Staaten wurden Sammlungen durchgeführt.

Nach Angaben der Organisatoren nahmen 1 362 Mitarbeiter an der Aktion teil, darunter 79 ausländische Mitarbeiter.

Die Zahlen von vor Mitternacht zeigen, dass auf dem Konto des 29. WOŚP-Finales bisher 127,4 Millionen PLN eingegangen sind. „In diesem Sinne spielen wir!“, schrieben die Organisatoren in den sozialen Medien und reagierten damit auf die Bemerkung, dass „die überwiegende Mehrheit der Polen wirklich tolle Menschen sind“.

Das Geld soll den Abteilungen für pädiatrische HNO, Otolaryngologie und Kopfdiagnostik zugutekommen. Um 20 Uhr fand das traditionelle „Licht zum Himmel“ statt. Auf dem *Plac Defilad* in Warschau fand eine Licht- und Pyrotechnikshow statt.

Wie jedes Jahr wurden auch durch Online-Auktionen, an denen sich Politiker, Künstler und Sportler beteiligten, Gelder für das Orchester gesammelt.

Das Präsidentenpaar hat einen Füllfederhalter für die Auktion gespendet, dessen Preis derzeit bei 9 900 PLN liegt.

Zur Versteigerung stehen (bis zum 2. Februar) ein Abendessen mit Senatssprecher Tomasz Grodzki und eine gemeinsame Führung durch das Parlament. Wer mitbieten will, muss mehr als 14 600 PLN bieten.

Das vom Schauspieler Artur Barcis gestiftete Gemälde „Engel 2020/21“ hat bereits einen Preis von 22,7 Tausend PLN erreicht.

Drei Käsekuchen des Musikers Dawid Podsiadło wiederum haben bisher einen Preis von fast 18 000 PLN erzielt (die Auktion endet am 14. Februar).

Die WOŚP erhält auch das Geld, das der Käufer für das von Rafał Trzaskowski während der Präsidentschaftskampagne benutzte Megafon zahlt (bisher wurden 9 500 PLN geboten).

Ein Modell, das Präsident Andrzej Duda bei der Unterzeichnung eines Gesetzes auf dem Bahnsteig in Końskie zeigt, wurde ebenfalls zur Versteigerung angeboten. Um den Gegenstand zu kaufen, müssen mehr als 7 600 PLN geboten werden.

Das Finale des *Großen Orchesters der Weihnachtshilfe* sollte eigentlich am 10. Januar stattfinden, wurde aber aufgrund von Beschränkungen, die wegen des Ausbruchs des Coronavirus SARS-CoV-2 eingeführt wurden, verschoben. Aufgrund der Umstände unterscheidet sich das WOŚP-Finale von früheren. Es gibt keine Veranstaltungen für Massenpublikum und die meisten Veranstaltungen wurden ins Internet verlegt. Die Sendung begann am Samstag um 20.00 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich mehr als 39 Millionen PLN auf dem WOŚP-Konto.

Beim letztjährigen WOŚP-Finale wurden 115,3 Millionen PLN gesammelt, im gesamten Jahr waren es über 186 Millionen.

Zsfg.: JP

<https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art37862511-licznik-wosp-pedzi-zebrano-wiecej-niz-przed-rokiem>



www.mleczko.pl

PRÜFE ES! WAREN SEINE WITZE GUT?

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Sikorski: Der Westen hat den Rubikon überschritten



Quelle: krytykapolityczna.pl

*Interview mit dem ehemaligen polnischen Außenminister **Radosław Sikorski***

Michał Sutowski: Henry Kissinger, der den Ukrainern bisher nicht besonders wohlgesonnen war, sagt auf der Konferenz in Davos, dass die NATO der Ukraine die Mitgliedschaft anbieten sollte, sobald der Krieg vorbei ist. Das ist doch vielleicht etwas überraschend?

Radosław Sikorski: Für mich nicht, denn als ich vor ein paar Wochen mit ihm darüber sprach, vertrat er bereits einen ähnlichen Standpunkt: So wie es vor der russischen Aggression eine Provokation gewesen wäre, die Ukraine einzuladen, ist dieses Argument nach der Invasion hinfällig.

Gleichzeitig fügte er hinzu, dass es dem Westen nicht darum gehen sollte, dass Russland auseinanderbricht, da ein Land, das sich über 11 Zeitzonen erstreckt, in interne Konflikte verwickelt ist und über tausende von Atomsprengköpfen verfügt, eine ziemlich gefährliche Aussicht darstellt.

Ich glaube nicht, dass das Russland droht, vielleicht irgendwo an den Grenzen, wie in Dagestan oder Tschetschenien - vielleicht wird ein sehr geschwächtes Russland gezwungen sein, sich auf sein Heimatgebiet zurückzuziehen. Aber ich sehe keinen Teil Russlands selbst, keine Republik oder Oblast, die sich der strategischen Achse Moskau-Petersburg widersetzt. Kurz gesagt, es ist eher ein Hirngespinnst, und wir sollten uns heute keine Gedanken darübermachen, wie wir Russland retten können, denn jetzt müssen wir erst einmal die Ukraine vor Russland retten.

Aber ist es nicht wichtig, dass jemand wie Henry Kissinger seine Meinung über den Krieg ändert?

Ja, denn seine Meinung spiegelt nicht nur eine bestimmte tiefere Tendenz im Denken der westlichen Eliten wider, sondern prägt sie auch. Gleichzeitig ist Kissinger - anders als z.B. Zbigniew Brzezinski, der in seinen geopolitischen Berechnungen viel mehr Variablen berücksichtigte - der Papst der so genannten realistischen Denkschule, die Staaten als Black Boxes behandelt.

Ideologie spielt keine Rolle, interne Konflikte innerhalb der Machtelite spielen keine Rolle, die Stimme der Öffentlichkeit spielt keine Rolle...

Ich verstehe sogar das Bedürfnis, die Analyse zu vereinfachen, die Komplexität der Welt auf das Machtspiel dieser Akteure zu reduzieren, weil dies die Möglichkeit bietet, ihr künftiges Verhalten zu modellieren und vorherzusagen, oder zumindest die Illusion einer solchen Möglichkeit vermittelt. Das Problem ist, dass eine solche „realistische“ Analyse - wie man an den Beispielen untergeordneter Imperien wie Österreich-Ungarn oder der UdSSR sehen kann - einfach zu falschen Schlussfolgerungen führt, wenn sie die Stärke der Ideologien oder die nationalen Bestrebungen verschiedener Gruppen nicht berücksichtigt. Dennoch bedeutet die Tatsache, dass ein großer Realist die Ukraine als Faktor im Machtkalkül der Region anerkennt, so viel, dass der Westen einen gewissen Rubikon überschritten hat, dass er nicht mehr nur Russland in Betracht zieht.

Warum war das bisher nicht offensichtlich?

Weil für den Westen die russische Großmachtstellung etwas ist, das seit mehr als 200 Jahren in der eigenen Geschichte verwurzelt ist, während die Staatlichkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken etwas ganz Neues ist, das erst jetzt Wurzeln schlägt, da die Ukraine sich abmüht, ihr Staat funktioniert und die Mehrheit der westlichen öffentlichen Meinung ihm wohlgesonnen ist. Es braucht Generationen, um Wahrnehmungen zu verändern, in diesem Fall auch deshalb, weil die Ukraine vor kaum einem Jahrzehnt einen eindeutig westlichen Kurs eingeschlagen hat und davor sich in einem strategischen Spagat befand.

Was wohl seine Berechtigung hatte, oder? Die Ukrainer waren ja in dieser Frage sehr unterschiedlicher Meinung und gespalten.

Ich bin anderer Meinung, ich meine, dass ihre Eliten nur die Zeit damit verschwendet haben, ihre Korruption und ihren Größenwahn hinter der Behauptung zu verstecken, sie würden ein großartiges Spiel mit den USA, Russland, Europa und China spielen... Immerhin ist die Ukraine aus der sowjetischen Wirtschaftswelt in besserer Verfassung hervorgegangen als wir, hat Atommeiler gebaut, hatte eine Luft- und Raumfahrtindustrie, hatte keine Schulden und ist das fruchtbarste Land der Welt, während sie selbst vor der Invasion im letzten Jahr ein BIP hatte, das viertel so groß war wie das Polens. Die Ukrainer zahlen nun teuer für dieses Lavieren.

(...)

Wir haben das Treffen der Länder der Kontaktgruppe für die Hilfe an die Ukraine in Ramstein, Deutschland, hinter uns. Es scheint, dass Deutschland endlich zugestimmt hat, der Ukraine Leopards zu schicken und vor allem anderen Besitzern von Panzern aus seiner Produktion, einschließlich Polen, dies zu ermöglichen. Musste es so lange dauern?

Streitigkeiten dieser Art sind nichts Neues - am Ende aber einigt sich der Westen und gewinnt. Man erinnere sich nur an die sehr heftigen Auseinandersetzungen um die Aufstellung von Cruise-Missiles in Westeuropa als Reaktion auf die sowjetischen SS-20, wodurch letztlich die UdSSR den Kalten Krieg verlor. Die aktuelle Diskussion um die Panzerlieferungen hat zwei Gründe. Erstens die Überzeugung, dass die Ukraine ohne die Lieferung von Panzerwaffen bei der Rückeroberung ihrer Gebiete nicht weiterkommt. Zweitens die Angst vor einer für das Frühjahr erwarteten russischen Offensive. Nun, wir stellen uns diesen beiden Herausforderungen mit unterschiedlichem Engagement.

Die Russen haben die Entscheidung, Panzer, darunter auch US-Panzer, zu entsenden, als „unerhörte Provokation“ bezeichnet. Könnten sie irgendetwas tun, um das zu verhindern?

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass Putin bei der Ankündigung des US-Lieferpakets für Stryker-Kampffahrzeuge die Anweisung gab, deren Lieferung an das Schlachtfeld zu verhindern. Nur wird ihm das nicht gelingen, denn gerade erst wurde eine 20 Kilometer lange Eisenbahnverbindung zwischen der Ukraine und Rumänien eröffnet. Dies liegt weit außerhalb der Reichweite des russischen Beschusses oder der russischen Offensive, sodass es keine Chance gibt, die ukrainischen Waffennachschübe abzuschneiden - die Russen können einzig nur den Transportweg ändern.

Warum hat Deutschland so lange gezögert?

Erstens gibt es immer Taschen-Chamberlains, die bereit sind, die Freiheit anderer Länder für ihre eigene Bequemlichkeit zu opfern. Zweitens, dass 60 Prozent der Deutschen die Entsendung schwerer Waffen in die Ukraine nicht unterstützen. Aber es ist die Aufgabe der Politiker, den Wählerwillen nicht nur auszuführen, sondern ihn auch zu gestalten, ihre Bevölkerung zu überzeugen. Heute kann ich sagen, dass ich die bittere Genugtuung habe, dass im Sejm ein Rücktrittsgesuch gegen mich eingereicht wurde, nachdem ich 2011 gesagt hatte, dass ich mehr Angst vor deutscher Untätigkeit als vor deutschem Handeln habe. Leider bewahrheitet es sich wieder - das Problem Polens ist eindeutig nicht Deutschlands Militarismus, sondern seine Zögerlichkeit und Passivität, so wie während der Krise in der Eurozone das Problem seine Weigerung war, die Kredite für Griechenland aufzustocken.

Aber es war eine ziemlich... durchsetzungsfähige Passivität, denn es sah so aus, als ob nicht einmal der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin ihnen das ausreden könne.

Ja, der Widerstand dagegen ist sehr groß, denn der Politikwechsel erfordert von Deutschland - und keineswegs nur von seiner politischen Klasse - eine Revision der Annahmen, die nicht nur seit dem Ende des Kalten Krieges, sondern sogar seit dem Beitritt zur NATO im Jahr 1955 gelten. Denn mit diesem Akt hat Deutschland seine Sicherheitspolitik und teilweise auch seine Außenpolitik de facto an die Vereinigten Staaten delegiert und gleichzeitig seine Komfortzone betreten. Nach dem Motto: Sollen sich doch die Amerikaner um alle möglichen schmutzigen Dinge kümmern, während wir in aller Ruhe Kühlschränke und Autos für den Export produzieren. Und dann war da noch die ideologische Überzeugung, dass sie mit ihrer Ostpolitik, also dem Dialog, der Bündelung von Rohstoffinteressen zwischen der UdSSR und dem Westen oder der Bestechung der DDR zum Ende des Kalten Krieges geführt haben.

Spielte das keine Rolle?

Deutschland scheint offensichtlich vergessen zu haben, dass sich damals 300 000 US-amerikanische, britische und kanadische Soldaten auf seinem Territorium befanden und dass der Zusammenbruch der UdSSR u. a. auch durch niedrige Ölpreise, die Entschlossenheit der USA, durch den Krieg in Afghanistan und durch das Moskau aufgezwungene Wettrüsten herbeigeführt wurde. Ich glaube daher, dass Deutschland seine eigene jüngere Geschichte besser aufarbeiten, aber auch aus dem Scheitern eines Teils seines Wirtschaftsmodells lernen sollte.

Aber dass Deutschland niedergeht? Ist das nicht etwas früh, um so etwas zu sagen?

Natürlich ist die deutsche Wirtschaft nach wie vor stark, sie macht fast ein Viertel des BIP der EU aus und stützt sich obendrein auf den Mittelstand, d. h. auf viele mittelständische Unternehmen. Die Hauptquelle ihrer Macht liegt jedoch in den großen Unternehmenssektoren: Verarbeitung von billigem Gas aus Russland zu Düngemitteln und Chemikalien, ergänzt durch die Auto- und Maschinenindustrie. Und nachdem sie sich in eine starke Abhängigkeit von Rohstoffen aus dem Osten begeben hat - was nicht nur durch den Bau von Nord Stream 2, sondern auch durch den Verkauf ihrer eigenen Gasspeicher an die Russen deutlich wird - müssen sie diese Erfahrung neu überdenken.

Einige Experten sagen, dass sie nur darüber nachdenken, wie sie das Gas wieder von Russland kaufen können.

Ja, das ist eine Möglichkeit - wieder mit Russland ins Geschäft zu kommen. Am einfachsten geht das allerdings, wenn die Ukraine siegt, denn das ist eine Chance für eine neue Öffnung in Russland. Zum anderen gilt es, sich auf ähnliche Turbulenzen in den Beziehungen zu China vorzubereiten, wo die Abhängigkeit Deutschlands sogar noch größer ist. Denn alternative Energiequellen zum russischen Gas sind leichter zu finden als ein Markt für Millionen von Luxusautos.

Ist dies der richtige Zeitpunkt, um den Schalter für ihre Politik umzulegen? Auch für uns, um einen gewissen Einfluss auf sie zu gewinnen?

Polen befindet sich jetzt in einer außerordentlich günstigen Lage, weil man auf unsere Argumente hört. Weil wir mit Putin Recht hatten, weil wir sie zu Recht vor Nord Stream 2 gewarnt haben, weil jetzt jedem klar ist, dass sie ihre wirtschaftlichen Interessen über die Sicherheitsinteressen Europas gestellt haben. (...)

Hängt nicht die gesamte Perspektive unserer Position in Europa von der amerikanischen Politik ab?

Es geht um die Frage, was passiert wäre, wenn Donald Trump während der Invasion im Weißen Haus gesessen hätte. Oder ein Joe Biden ohne die katastrophale Evakuierung von Amerikanern aus Afghanistan in seiner Vita. Ja, in dieser Hinsicht hatten wir großes Glück - denn die Amerikaner hätten sagen können, dass die Ukraine kein Verbündeter oder ein NATO-Mitgliedstaat sei, also kümmert euch dort selbst darum, das ist eine europäische Angelegenheit. Und wir können uns vorstellen, wie die Haltung Deutschlands zu diesem Krieg gewesen wäre.

Das heißt, es ist besser, als es hätte sein können, aber...

Nicht nur die USA haben sich der Herausforderung gestellt. Auch die EU hat mehr getan als erwartet. Wenn wir die Hilfe der USA und der EU für die Ukraine vergleichen, vergessen wir oft, dass die USA ein Bundesstaat sind, sodass ihre gesamte Hilfe als Hilfe Washingtons zählt, denn die Bundesstaaten haben ja keine Außen- oder Verteidigungspolitik. Aber damit der Vergleich Sinn macht, muss man auf der europäischen Seite alles aufschreiben, was Brüssel und die Mitgliedsstaaten gemeinsam tun. Und wenn man das zusammenzählt, kommt man auf ähnliche Werte. (...)

Haben wir nach sieben, bald acht Jahren PiS-Herrschaft, nach all den personellen Säuberungen, der Zerstörung des Vertrauens in die Institutionen noch die Ressourcen, kurzum, einen Staat, der in der Lage ist, eine ehrgeizige Politik zu betreiben? Und was haben wir anderen zu bieten?

Polen wird insofern einflussreich sein, als es eine Quelle für Lösungen ist, d. h. insofern, als andere es nachahmen wollen. Das war früher der Fall, und wir müssen dahin zurückkehren. (...)

Polen hatte ziemlich gute Indikatoren. Aber das Hauptproblem ist heute die Ungleichheit und vor allem die Klimakrise, die alle Lebensbereiche durchdringt. Und in dieser Frage haben wir nicht viel zu bieten, eher einen großen Nachholbedarf.

Wenn wir aufhören, uns selbst und der Welt zu schaden, d. h. statt Windräder auszubremsen, sollen wir sie bauen und endlich das Geld für die Energiewende ausgeben. So können wir ein Vorbild für die Länder des postsowjetischen Raums sein. Vorausgesetzt natürlich, dass wir die Leute von der Macht entfernen, die uns in die entgegengesetzte Richtung ziehen wollen, d.h. die Vereinigte Rechte mit den Ziobristen.

Und wenn die Opposition gewinnt, werden wir dann plötzlich die Avantgarde der Klimapolitik sein?

Wir sind zu klein, um die Avantgarde für groß angelegte Prozesse zu sein, aber wir können eine Nische für uns finden - in der grünen Wirtschaft könnte das zum Beispiel die Wasseraufbereitung sein. Dank der

Investitionen in Kläranlagen, die während der Dritten Republik Polen getätigt wurden, die vom kommunistischen Regime ein unglaubliches ökologisches Chaos geerbt hat, verfügen wir sowohl über die Technologie als auch über umfangreiche Erfahrungen. Es könnte sicherlich mehr solcher Gebiete geben - und wir könnten ein Modell für aufstrebende Länder sein. Aber es gibt noch ein anderes Problem. In unserem Teil der Welt stellt nicht nur der Klimawandel eine Bedrohung dar, sondern es gibt auch alte geopolitische Probleme, wie die russische Dominanz in Belarus, die Aggression gegen die Ukraine und letztendlich das Wesen des russischen Regimes selbst, die nicht ignoriert werden können.

(...)

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/swiat/sikorski-zachod-przekroczył-rubikon/>

Professor Markowski: Ich will nicht zu sehr erschrecken, aber im Herbst werden in Polen sehr unangenehme Dinge passieren



Prof. Radosław Markowski

Quelle: wyborcza.pl

Von **Dorota Wysocka-Schnepf**

[...]

Dorota Wysocka-Schnepf: Herr Professor, wagt sich die PiS aus der Deckung und hat wieder Chancen auf eine dritte Amtszeit?

Professor Radosław Markowski, Politikwissenschaftler, Soziologe, SWPS-Universität: Seit vielen Monaten hat sich nichts geändert. Abgesehen von einem leichten Rückgang der Werte für die zweite, dritte und vierte Oppositionspartei sind keine großen Unterschiede festzustellen. Es sieht so aus, als ob die PiS immer noch mit einigen Prozentpunkten Vorsprung vor der Bürgerlichen Koalition [KO] führt und es eigentlich keine großen Bewegungen gibt.

[...]

Dennoch gibt es immer mehr Meinungen, dass die PiS nach dem früheren Rückschlag wieder Aufwind bekommt - und wenn das der Fall wäre, warum? Schließlich hat sich die finanzielle Lage der Polen nicht verbessert, die Inflation grassiert immer noch, das Geld aus dem Nationalen Wiederaufbauplan ist nicht da, und es gibt weitere Berichte über unklare Flüsse öffentlicher Gelder an PiS-nahe Einrichtungen.

Die Prozentzahlen der PiS stagnieren. Oder sie sind leicht gestiegen, weil sich die prozentuale Basis ändert. Das heißt, die Menschen sind von den Oppositionsparteien desillusioniert und geben nicht mehr zu, vor allem für Holownia zu stimmen, aber nicht nur für ihn.

Wenn also die Unterstützung für die Oppositionsparteien in absoluten Zahlen abnimmt, gewinnt dieselbe absolute Zahl, die die PiS unterstützt hat, prozentual hinzu - das ist der Mechanismus.

Zweitens, um es zynisch auszudrücken, gibt es einen Krieg im Ausland, und die PiS hat diese monumentale Begründung in ihrem Slogan enthalten: „Und haben wir das nicht gesagt?“ Und trotzdem haben natürlich alle in Polen dasselbe gesagt. Aber auch Bundeskanzler Scholz mit seinem fehlgeleiteten Pazifismus. Er hilft scheinbar, aber deklaratorisch verzögert er alles.

Es gibt eine Reihe von globalen bzw. internationalen Faktoren, die die PiS meiner Meinung nach bereits verinnerlicht hat. Ohne den Krieg in der Ukraine würde die PiS heute um 5 oder mehr Prozentpunkte schlechter dastehen. Dazu kommen natürlich noch die Ankündigungen großer, klientelistischer Bestechungen in den Monaten vor den Wahlen.

Aber ich denke, der Ball liegt bei der Opposition.

[...]

Wir hätten daran denken müssen, mit einer Drei-Fünftel- oder Zwei-Drittel-Mehrheit zu gewinnen. Mit einer Mehrheit, die den Präsidenten und die Entscheidungen von Kaczynski unbrauchbar gemacht hätte. Oder mit einer verfassungsgebenden Mehrheit überhaupt und dann wären viele Dinge sofort gelöst worden, weil eine neue Verfassung hätte verabschiedet werden können und die Arbeit der demokratischen Konsolidierung hätte wiederbeginnen können. Diesmal mit mehr Vernunft.

Nach dem, was Sie sagen, scheint die PiS dennoch auf verlorenem Posten zu stehen, d. h. sie muss sich in diesem Wahljahr irgendwie helfen. Und sie ändert die Spielregeln, d. h. das Wahlgesetz, um sich gegen eine Niederlage abzusichern. Wird das, was sie in diesem Gesetz festlegen, ihnen günstige Veränderungen bei den Wahlen bescheren?

Ich will nicht sagen, dass die PiS nicht gewinnen wird. Der Bestand an infantilen Ideen bei der Opposition ist nicht gering. Aber ich will keine Kritik üben, denn das hilft nicht. Ich glaube, wir sind manchmal zu kritisch gegenüber den Oppositionsparteien.

Und auf der PiS-Seite ist die Propaganda besser als die des chinesischen Fernsehens. Ich schaue mir oft das chinesische englischsprachige Fernsehen an – es ist so eine angenehme Welt dort, alles ist wunderbar, alles ist erfolgreich, die Menschen sind zufrieden mit den Behörden. Das ist sehr ermutigend.

[...]

Die Gesetzesänderung hat jedoch eine Besonderheit. Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass es zu Beginn einen Vorschlag zur Einführung von Kameras gab. Das ganze Verfahren, das die PiS mit dem Gesetz durchführt, zielt auf eines ab: die kleinen Leute, ihre Wähler, davon zu überzeugen, dass Big Brother sie beobachtet.

[...]

Die ganze Idee des Transports mit dem Bus. Schließlich handelt es sich nicht um einen „Tuskobus“, sondern um einen Bus der „guten Macht“, die in diesem Bus mitfahren wird. Jemand, der eine andere Partei wählen möchte, wird sich in einem solchen Bus sehr unwohl fühlen. Also wird er entweder gar nicht einsteigen, oder er wird versuchen, einzusteigen, aber er wird es nicht tun.

Außerdem bedeutet die Aufteilung der Bezirke oder Wahllokale von mindestens 500 auf 200 Personen, dass bei einer 50-prozentigen Wahlbeteiligung in einem bestimmten Ort nur 100 Personen zur Wahl gehen. Und diese 100 Menschen kennen sich untereinander. Sie wissen übereinander Bescheid, wer und was. Für diejenigen, die nicht bei diesen kirchlichen Wahlkommissionen abstimmen, wird es ein Zeichen sein.

Das ist reine Pathologie. Das einzige Ziel dieses Verfahrens ist es, Angst zu machen, damit Opportunismus, Konformismus und Erpressung gegenüber Menschen, die Angst vor der Macht haben, zunehmen. Sie dazu zu bringen, wählen zu gehen, und diejenigen, die anders wählen wollen, im Auge zu behalten, damit sie lieber nicht dort auftauchen.

[...]

Es wird angenommen, dass die PiS genau diese Aktion zugunsten der Häufigkeit der Stimmabgabe durchgeführt hat, nur, dass sie andererseits der Zulassung der Briefwahl nicht zugestimmt hat. Und obendrein wird es für die Auslandspolen, die dieser Regierung größtenteils ablehnend gegenüberstehen, sehr schwierig sein, zur Wahl zu gehen, denn schon ein Reisepass reicht nicht aus, um eine Stimme abzugeben, und bei der letzten Wahl waren es insgesamt etwa 400.000 Stimmen. Könnte dies auch einen Einfluss auf den Ausgang der Wahl haben?

Natürlich ja. Es werden verschiedene Tricks angewandt, verschiedene halblegale und illegale Verfahren, mit denen versucht wird, potenzielle Unterstützer der Oppositionsparteien auszuschließen.

Daher sollten sich die Oppositionsparteien eine solche Unterstützung und ein solches Ergebnis sichern, das nicht durch all diese einer zivilisierten Demokratie unwürdigen Verfahren behindert wird.

Die gemeinsame Liste ist meiner Meinung nach passé. Vor einem Jahr gab es eine solche Möglichkeit, wir haben damals eine so unglaubliche Synergie zwischen PO und Holownia beobachtet, wie sie fast nie vorkommt.

[...]

Ich verlasse mich auch auf die Weisheit der Plattform, die sich in dieser Situation wahrscheinlich von selbst bewegen sollte. Denn all diese Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten kosten zu viel. Aber man sollte auch die Daumen drücken, dass sich im Dreieck Linke - Holownia - PSL eine gewisse Weisheit einstellt. Damit diese zweite Oppositionseinheit, die geschaffen wird, insgesamt mindestens 20 Prozent haben wird.

[...]

Leider haben wir uns an das gewöhnt, was ich pathologische Normalität nenne. Und es ist eine große Frage, wie das passiert ist. Schließlich gibt es jeden Tag Nachrichten über Betrügereien. Heute auch über Obajtek - dass eine Dame von den Sonderdiensten Betrügereien durchführt. Heute steht es auf der Titelseite der Gazeta Wyborcza.

Das ist das ganze System. Sehen Sie, Kaczyński befördert eigentlich nie jemanden in hohe Positionen, gegen den er nicht etwas in der Hand hat. So war es bei Banas, so war es bei Dutzenden von anderen. Damit jemand eine Stelle antreten kann, muss Kaczyński etwas gegen ihn in der Hand haben.

Es ist dieser zwanghafte, machiavellistische Versuch, sich mit Mittelmäßigkeiten zu umgeben. Noch dazu mit solchen, gegen die er etwas in der Hand hat. Und das alles täglich, jeden Tag bei uns, jeden Tag! Wie ist es möglich, dass Pegasus in diesem Land nicht funktioniert hat? Diebstahl und Kleptokratie, sei es bei dem Premierminister oder bei Rydzyk oder bei allen anderen.

Jeden Tag hören wir davon, dass öffentliche Gelder zum eigenen Vorteil und zum Vorteil von Institutionen gestohlen werden, die gegründet wurden, um sich selbst Gutes zu tun. Und nichts passiert, nichts!

Jaroslav Kaczynski hat gegen diese Leute etwas in der Hand, und die Staatsanwaltschaft könnte – nach einer möglicherweise von der Opposition gewonnenen Wahl – ein Strafbuch in der Hand haben. Glauben Sie nicht, dass diese Erkenntnis die Hauptmotivation für Kaczynski ist, um ihn daran zu hindern, die Macht abzugeben?

Ich denke schon, dass dort die Entscheidung getroffen wurde, die Macht nicht abzugeben, egal was passiert. Und wie soll das geschehen? Meine Haut kribbelt immer noch, wenn ich daran denke und mich daran erinnere, wie es bei der Territorialen Verteidigung war.

[...]

Und die zweite wichtige Änderung, die von der Opposition vorgeschlagen wurde, besagt, dass diese Kräfte nicht gegen polnische Bürger eingesetzt werden dürfen. Sie wurde abgelehnt. Das bedeutet, dass diese Formation unter dem Motto „Verräter können ja versuchen, den Verlauf von Wahlen zu ändern“ eingesetzt werden kann.

Ich bin extrem pessimistisch und ich habe Angst. Ich will nicht zu sehr erschrecken, aber in diesem Herbst werden in Polen sehr unangenehme Dinge passieren, um es kurz und bündig auszudrücken.

[...]

Donald Tusk kündigt in sehr harten Worten an, dass die PiS nach den Wahlen zur Rechenschaft gezogen werden wird. Er kündigt an, dass er mithilfe der von Ziobro eingeführten erweiterten Beschlagnahme die PiS-nahen Stiftungen und andere Organisationen, in die die PiS seit Jahren Millionen öffentlicher Gelder fließen lässt, zu Rechenschaft ziehen will. Dieser Mechanismus wurde von den Wählern der Opposition mit Skepsis aufgenommen, und nun will die Opposition ihn gegen die Behörden einsetzen. Wird das den Wählern gefallen?

Ich gehöre zu denjenigen, die glauben, dass ein solches semantische Universum der Beschreibung dieser Realität erweitert werden muss. Ich bin für eine sehr harte, sogar brutale Sprache dieser Art.

Unter anderem halte ich es für absolut angemessen, dass sich ein ordentliches Gericht unter Berufung auf den entsprechenden Paragraphen der Verfassung mit der Frage befasst, ob die PiS wegen der letzten acht Jahre verboten werden sollte.

Ich sage nicht, dass es so sein sollte. Aber ich sage, dass man den Schwarzen Peter nicht weiterreichen kann, wenn die ganze Welt, die Justizbehörden unseres Landes und die denkenden Menschen sagen, dass sie hier einen illegitimen Staat geschaffen haben. Und dass die PiS nach all dem in die Opposition geht und ihre Arbeit zur Demontage der Europäischen Union zugunsten der Handlanger des Kremls in Westeuropa fortsetzt, als wäre nie etwas geschehen.

[...]

Es ist also schwierig, wenn das Gesetz so beschaffen ist, dass man konfiszieren kann, und es gibt tausende dieser Diebe, Kleptokraten, die jeden Tag öffentliche Gelder stehlen und sie sich selbst oder der Partei zukommen lassen, dann muss damit aufgeräumt werden.

Ich würde es vorziehen, wenn die Opposition mit einer verfassungsmäßigen Mehrheit an die Macht käme. Oder einer, die es ihnen erlaubt, Gesetze zu erlassen, gegen die der Präsident kein Veto einlegen kann. Und dass sie mit einem neuen Gesetz aufräumt. Aber dann gäbe es das Problem, dass das Gesetz nicht rückwirkend gelten sollte.

Da Herr Ziobro solche Schritte vorgeschlagen hat, kann ich davon ausgehen, dass er sie akzeptiert. Dass die gesamte Formation keine Einwände hat.

Und natürlich ist Rydzyk nur die Spitze des Eisbergs. Dort gibt es übrigens noch die Quelle seines Startkapitals zu klären, die einige Moskauer Wurzeln hat. Aber es ist die katholische Kirche im Allgemeinen, eine Organisation, die unter dem Gesichtspunkt von Betrügereien und dem, was sie mit öffentlichem Eigentum macht, ebenfalls gesäubert werden sollte.

Nur scheint es mir, dass diese Kirche weder von innen heraus noch durch die Kräfte dieses Landes in der Lage ist, sich zu reinigen. Ich denke mir, dass amerikanische Anwälte kommen sollten und - auf ähnlichem Wege wie in Kanada, den USA, Australien oder anderswo - die Finanzen dieser pathologischen Institution so durchhacken sollten, dass sie es zu spüren bekommt.

Bevor Donald Tusk sie [die PiS] zur Rechenschaft ziehen kann, muss er erst einmal die Wahl gewinnen. Sollte er noch darauf warten, dass seine Partner aus den anderen Parteien eine gemeinsame Liste beschließen, oder sollte er bereits jetzt mit den Vorbereitungen für seine eigene Kandidatur beginnen?

Die Konflikte zwischen den Oppositionsparteien sind nicht nur das Ergebnis der großen Egos ihrer Führer. Hier gibt es wirklich Probleme, die man sinnvoll hätte lösen müssen.

Wenn sie eine gemeinsame Liste aufstellen wollten, hätten sie sich schon vor mindestens einem Jahr entscheiden müssen, einen Vertrag zu unterzeichnen, in verschiedene Kreise zu gehen, zu vereinbaren, wer kandidiert, wo, warum, wie ist die Verteilung. Dann hätten diese Parteien, die heute kleiner sind, viel mehr gewonnen. Denn wenn sie sich von der öffentlichen Unterstützung leiten ließen, wäre ihre Situation viel besser.

[...]

Heute mag die Zusammenstellung einer gemeinsamen Liste möglich sein, aber das wird mehr Konflikte als Nutzen bringen. Meiner Meinung nach sollte die größte Partei, die im Moment dreimal so viel Unterstützung

hat wie die nächstfolgende, heute, Ende Januar, also etwa 8, vielleicht 7 Monate vor den Wahlen, ein absolut freundliches Dankeschön für die Bemühungen aussprechen und ohne eine Meinungsverschiedenheit oder Beleidigung zu sagen, ihren eigenen Weg gehen.

[...]

Die PSL [die Bauernpartei] hat eine große Chance, zum ersten Mal überhaupt nicht ins Parlament zu kommen. Und diese etwa 5 % der Stimmen könnten vergeudet werden. Und wenn sie mit 6-7 Prozent Unterstützung ins Parlament einzieht, wird sie vierzehn oder maximal zwanzig Abgeordnete stellen. Das wäre eine Verschwendung von Wählerstimmen auf der Oppositionsseite. Drücken wir also die Daumen, dass sich die Weisheit unter den drei Parteien durchsetzt.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,82983,29415843,prof-markowski-nie-chce-zanadto-straszyc-ale-jesienia-beda.html>

Böse Juden und Ukrainer, armes Russland. Es gibt Beweise dafür, dass die PiS Hassreden fördert



Quelle: wyborcza.pl

Von **Piotr Żytnicki**

Die Amerikaner produzieren Krankheitserreger in der Ukraine, Russland verteidigt sich und die Einwohner von Bucza wurden möglicherweise von den Ukrainern ermordet - so lauten die Theorien des von der Regierung der PiS mit öffentlichen Geldern finanzierten Web-TV-Senders von Robert Bąkiewicz.

Media Narodowe [Nationale Medien] ist ein Fernsehsender, der auf YouTube ausgestrahlt wird und Pläne für den Einstieg in Kabel und Satellit hat. Organisationen, die mit dem Gründer und Chefredakteur Robert Bąkiewicz verbunden sind, haben fast 5 Millionen PLN an staatlichen Subventionen erhalten, davon 200.000 PLN direkt für den Betrieb eines Fernsehsenders, der anti-ukrainische und antisemitische Inhalte verbreitet.

Der Kanal *Media Narodowe*, der von mehr als 250.000 Menschen gesehen wird, veröffentlicht jeden Monat 100-150 Aufnahmen. Jede von ihnen verzeichnet durchschnittlich mehrere zehntausend Aufrufe.

Antisemitismus im nationalistischen Fernsehen

Aktivisten der Vereinigung *Nigdy Więcej* [Nie Wieder], die seit 1996 Hassreden beobachtet, haben Bąkiewiczs Fernsehsendungen in den letzten zwei Jahren verfolgt. Sie dokumentierten Dutzende von hasserfüllten Reden, die sich nicht durch einen Arbeitsunfall erklären lassen. Ihre Autoren sind nicht nur die

ins Studio eingeladenen Gäste (oft dieselben), sondern auch die Moderatoren der Sendungen. Schon die Titel der Aufnahmen sind hasserfüllt und werden absichtlich so gestaltet, um neue Zuschauer zu gewinnen. Antisemitismus ist in dem Fernsehen, das mit öffentlichen Geldern unterstützt wird, weit verbreitet. Radosław Patlewicz, Autor eines Buches über den angeblichen Ritualmord, der 1945 in Rzeszów von Juden begangen worden sein soll, hat sich auf diese Frage spezialisiert. Im Januar 2022 überzeugte Patlewicz die Zuschauer mit „harten Beweisen“ für die Verwendung von menschlichem Blut zum Backen von Pessach-Matze. Drei Monate später behauptete er, die Juden forderten die Abschaffung des Christentums.

Im Oktober 2022 fügte der ehemalige Oppositionelle Tadeusz Matuszyk hinzu: „Seit mehr als tausend Jahren waren, sind und bleiben die Juden in ihrer Mehrheit Todfeinde der polnischen Nation und des polnischen Staates.“

Die Vereinigung *Nigdy Więcej* erinnert daran, dass ähnliche Anschuldigungen, christliche Kinder zu rituellen Zwecken ermordet zu haben, in der Vergangenheit zu manipulierten Prozessen, Folter und Todesurteilen geführt haben. Sie waren auch ein Anlass für blutige antijüdische Pogrome. Die katholische Kirche hat bestätigt, dass es sich um Verleumdungen handelt, aber für Bąkiewicz's Fernsehen spielt das keine Rolle.

Robert Bąkiewicz hinterfragt die Wahrheit über Jedwabne

In seiner nächsten Sendung im Februar 2022 sprach Patlewicz über die „Jedwabne-Lüge“ und stellte die historische Wahrheit über das Verbrechen von Jedwabne infrage. Er stellte auch die Wahrheit über das antijüdische Pogrom im August 1945 in Krakau infrage. Er nannte Andrzej Duda den Präsidenten von Polen. Dies ist der Name Polens auf Hebräisch. Antisemiten benutzen ihn, um zu suggerieren, dass die Juden sich Polen angeeignet haben.

Im Juli 2022, dem Jahrestag des Massakers von Jedwabne, wurde die Wahrheit über das Massaker von Jedwabne auch von Fernsehdirektor Robert Bąkiewicz in Frage gestellt. Er rief dazu auf, Jedwabne zu „entlarven“.

„Dieser Mord wurde nicht von Polen begangen“, erklärte er. In einer späteren Sendung fügte er hinzu, dass es sich um einen „deutschen Mord“ gehandelt habe und dass die Juden dies zu Propagandazwecken nutzen würden.

Wojciech Sumliński, Autor von Büchern, die die Wahrheit über Jedwabne in Frage stellen, und regelmäßiger Gast in Bąkiewicz's Fernsehsendung, in der er antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet, gehört ebenfalls zu dieser Gruppe. Sumliński beschuldigte die Juden der Kollaboration mit Deutschland während des Zweiten Weltkriegs und der Verursachung der Coronavirus-Pandemie. Ihm zufolge sollte die Pandemie zur Errichtung einer Weltregierung mit Sitz in Jerusalem führen.

Die Einschaltquoten zeigen: Je kurioser die Theorie, desto größer das Interesse des Publikums.

Die Vereinigung *Nigdy Więcej* stellt sogar fest, dass die Verschwörungen in der Filmindustrie verfolgt werden. Sumliński erklärte zum Beispiel, dass „die Juden ein Hollywood haben, das Juden erschafft und Polen vernichtet“.

Ukrainer als Bedrohung

Als Russland im Februar 2022 die Ukraine angriff, waren neben antisemitischen Inhalten auch anti-ukrainische Inhalte zu hören. Eine Woche nach Ausbruch des Krieges erschreckte Piotr Strzembosz von der Vereinigung *Wiara i Czyn* [Glaube und Tat] die Zuschauer mit Flüchtlingen aus der Ukraine: „Sie können Schwierigkeiten haben, ihre Hygiene aufrechtzuerhalten, und sie können Träger verschiedener Parasiten sein.“

Die Gleichsetzung von Kriegsflüchtlingen und Menschen, die als „fremd“ gelten, mit Krankheiten und Krankheitserregern ist ein ständiges Thema rassistischer Hassreden. Der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, hat sich einige Jahre zuvor in ähnlicher Weise über Flüchtlinge aus dem Nahen Osten geäußert.

Laut der Vereinigung *Nigdy Więcej* haben Bąkiewicz's Fernsehkommentatoren die Flüchtlinge aus der Ukraine seit den ersten Kriegstagen als Bedrohung für die polnische Gesellschaft dargestellt. Sie verweigerten ihnen das Recht, ihre eigene Identität zu bewahren (und verlangten, dass sie polonisiert werden) und stellten sogar die russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine infrage.

Der rechtsgerichtete Kolumnist Stanislaw Michalkiewicz beispielsweise behauptete, dass die in Bucza ermordeten Ukrainer möglicherweise nicht von Russen, sondern von Ukrainern selbst erschossen wurden. Und dass die Ukraine dies vielleicht verbergen möchte.

Bereits im Jahr 2021 warnte Robert Bąkiewicz in seiner Fernsehsendung vor der „ukrainischen Einwanderung“, die seiner Meinung nach zu einer „ethnischen Substitution“ in Polen führen würde.

Russische Propaganda in den nationalen Medien

Der Krieg hat auch die Gelegenheit geboten, weitere antisemitische Theorien aufzustellen. Der Moderator einer der Sendungen, Brunon Różycki, vertrat die Ansicht, dass „die Entvölkerung der Ostukraine im Interesse Putins, der Juden und vielleicht des Westens ist“. Seiner Ansicht nach werden die Juden von dem Krieg profitieren, weil „sie planen, ihren autonomen Staat in der Ukraine zu organisieren“.

Ein anderer Redner, Jan Bodakowski, erklärte hingegen, dass der Buchstabe Z nicht ohne Grund zum Symbol der russischen Invasion wurde. „Es ist nicht im russischen Alphabet enthalten. Stattdessen ist er einem hebräischen Buchstaben sehr ähnlich“, argumentierte er. Er betonte auch die „engen Beziehungen von Wladimir Putin zu jüdischen Kreisen“.

Die Moderatoren der Sendungen stören sich an den Widersprüchen nicht - einmal sollten die Juden mit Russland zusammenarbeiten, ein anderes Mal mit der Ukraine. Wichtig war, dass die nachfolgenden Programme als sensationelle Erkenntnisse verkauft werden konnten. Darunter befand sich zum Beispiel eine Geschichte über die Schaffung einer „Judäo-Ukraine“.

In Bąkiewicz's Fernsehsendung gibt es auch Platz für Theorien, die direkt in die russische Propaganda passen. Der rechtsgerichtete Kolumnist Marcin Masny sprach von „amerikanischen Erregerlabors“, die sich seiner Meinung nach in der Ukraine befinden und Russland bedrohen.

„Russland versucht nicht, ein Imperium aufzubauen. Was als Imperialismus bezeichnet wird, ist ein Akt der Verteidigung“, überzeugte er die Zuhörer.

In Bąkiewicz's Fernsehsendung werden auch Vertreter anderer Minderheiten angegriffen, darunter LGBT-Menschen und - aus islamfeindlichen Gründen - Flüchtlinge von der polnisch-weißrussischen Grenze. Auch Jerzy Owsiak wurde in den nationalen Medien verunglimpft, indem das Große Orchester der Weihnachtshilfe mit einer Hilfskampagne der Nazis aus der Zeit des Dritten Reichs in Verbindung gebracht wurde.

Millionen für Robert Bąkiewicz

Bąkiewicz's Ambitionen enden nicht beim Web-TV. Er träumt davon, auch auf Kabelnetzen und Satellitenplattformen zu senden. „Dies wird das erste patriotische Fernsehen sein, das von YouTube auf die Bildschirme in Ihren Haushalten kommt“, kündigte Bąkiewicz an.

Seine rechte Hand war Piotr Barełkowski, ein Publizist, der letztes Jahr vom staatlichen Radio Poznań entlassen wurde, weil er nicht auf die pro-russische Propaganda seines Gastes reagierte. Barełkowski ließ die Behauptung zu, dass Wladimir Putin europäische Werte verteidige und dass das Drama in Mariupol eine ukrainische Inszenierung sei. Bei Bąkiewicz's Fernsehsender wurde er Berater des Verwaltungsrats, zuständig für Entwicklung und Vertrieb.

Herausgeber der Website *Media Narodowe* ist die Vereinigung *Marsz Niepodległości* [Unabhängigkeitsmarsch], die von Robert Bąkiewicz, Chefredakteur des Fernsehsenders und Hauptorganisator von *Marsz Niepodległości*, geleitet wird.

Professor Rafał Pankowski, Soziologe am Collegium Civitas und der Vereinigung *Nigdy Więcej*, macht auf zwei Probleme aufmerksam: die Finanzierung von Hassinhalten aus dem Staatshaushalt und die Duldung dieser Inhalte durch YouTube.

Hass auf Kosten der Steuerzahler

Zwischen 2021 und 2022 erhielten die von Bąkiewicz geleiteten Vereine (Roty Marsz Niepodległości, Marsz Niepodległości und Straż Narodowa) fast 5 Mio. PLN an öffentlichen Mitteln, wovon 198 000 PLN auf die nationale Medienförderung entfielen. Diese Subvention wurde vom *Narodowy Instytut Wolności* [Nationalen Institut für Freiheit] gewährt, das dem Kulturminister Piotr Gliński untersteht.

„Bąkiewicz sät Hass auf Kosten der Steuerzahler“, sagt Prof. Pankowski. „Das könnte man belächeln, wenn nicht derartige Inhalte zumindest teilweise auf fruchtbaren Boden fallen würden. Es gibt Zuschauer, die das sehr ernst nehmen. Der soziale Schaden ist also enorm. Dies ist schwer zu verstehen, wenn man bedenkt, dass Professor Piotr Gliński vor Jahren als einer der führenden Autoritäten auf dem Gebiet der Soziologie der sozialen Bewegungen galt. Ich bin überrascht, dass er heute solche obszönen Handlungen gutheißt.“

Die Vereinigung *Nigdy Więcej* hat Beispiele für Hass gesammelt, nicht nur um die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Sie will sie auch an YouTube weiterleiten, das sich im Einvernehmen mit der Europäischen Kommission verpflichtet hat, gegen Hassreden vorzugehen.

Im vergangenen Jahr dokumentierte die Vereinigung in ähnlicher Weise hasserfüllte Inhalte auf einem anderen Online-TV-Sender wRealu24. YouTube reagierte lange Zeit nicht auf solche Inhalte oder verzögerte seine Reaktion – und sperrte den TV-Kanal für mehrere Wochen. Schließlich entfernte YouTube jedoch den gesamten Kanal und alle Aufnahmen.

Professor Pankowski erwartet auch eine entschlossene Reaktion auf die in Bąkiewicz's Fernsehsender ausgestrahlten Inhalte: „Die Vorschriften von YouTube sind klar und präzise. Solche Inhalte sind nicht erlaubt und bereits drei Verstöße gegen die Regeln sollen zur Entfernung des Kanals führen. Allerdings mangelt es an der Durchsetzung dieser Vorschriften“, fügt Prof. Pankowski hinzu. „Gemeinsam mit anderen NGOs aus Europa verfolgen wir, wie die großen Internetplattformen reagieren. Das Ausbleiben von Reaktionen auf Bąkiewicz's TV zeigt, dass das System nicht perfekt funktioniert.“

Der vollständige Bericht, den die Vereinigung am Dienstag, den 31. Januar, veröffentlichen wird, wurde von Anna Tatar und Rafał Pankowski unter Mitwirkung von Jacek Dzięgielewski, Dominika Prytko und Jacek Raszewski verfasst.

Zsfg.: JP

<https://poznan.wyborcza.pl/poznan/7,36001,29414296,zli-zydzi-i-ukraincy-biedna-rosja-tak-pis-oplaca-mowe-nienawisci.html>

Orlen finanziert immer noch Putin. Und erzielt damit hohe Gewinne



Quelle: wyborcza.biz

Nach Angaben des russischen Energieministeriums, die von der Tageszeitung *Wedomosti* veröffentlicht wurden, waren im Januar allein Polen und Orlen die größten Ölimporteure der Europäischen Union aus Russland.

Seit dem 5. Dezember letzten Jahres hat die EU ein Embargo gegen Öleinfuhren aus Russland verhängt, die in Tankschiffen auf dem Seeweg angeliefert werden. Die EU hat diese Entscheidung getroffen, um Russland den Strom von Petrodollars zu entziehen, mit denen Putins Kriegsmaschinerie finanziert wird.

Dieses Verbot gilt jedoch nicht für Rohöl, das durch das Druschba-Pipeline transportiert wird. Eine solche Ausnahmeregelung wurde der EU unter Androhung eines Vetos gegen das gesamte Embargo vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán im Interesse der MOL-Raffinerien in der Slowakei und in Ungarn aufgezwungen. Die Tschechische Republik, die - wie die Slowakei und Ungarn - an den südlichen Zweig der Druschba-Pipeline angeschlossen ist, profitierte ebenfalls von dieser Ausnahmeregelung.

Polen und Deutschland sind über den nördlichen Zweig der Druschba-Pipeline verbunden. Und die Regierungen dieser beiden Länder erklärten auf dem EU-Gipfel, auf dem das Embargo gegen russisches Öl im Juni 2022 beschlossen wurde, in einem Eintrag im Protokoll dieses Gipfels, dass sie ab Anfang 2023 kein Öl mehr über die Druschba-Pipeline aus Russland importieren würden. Und nur einen Monat nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hatte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki auf einer Pressekonferenz mit Orlen-Chef Daniel Obajtek angekündigt, dass Polen bis Ende 2022 auf russisches Öl verzichten wolle.

Berlin hat Wort gehalten

Seit Anfang dieses Jahres fließt kein russisches Öl mehr durch die Pipelines des polnischen Unternehmens PERN zu den Raffinerien Schwedt und Leuna in den neuen Bundesländern. Die Tageszeitung Wedomosti bestätigt unter Berufung auf Quellen, die mit den Statistiken des russischen Energieministeriums vertraut sind, dass vom 1. bis 29. Januar keine einzige Tonne Öl aus Russland per Pipeline nach Deutschland geliefert wurde.

Polen versorgt Russland

Aus den von Wedomosti veröffentlichten Daten der russischen Regierung geht hervor, dass Polen im Januar der größte Abnehmer von russischem Öl in der EU war. Im ersten Monat des Jahres 2023 haben wir durchschnittlich 16,9 Tausend Tonnen russisches Rohöl pro Tag importiert. Insgesamt 490 Tausend Tonnen vom 1. bis 29. Januar.

Die Slowakei war im Januar der zweitgrößte Abnehmer von russischem Öl und importierte durchschnittlich 16,3 Tausend Tonnen pro Tag. An dritter Stelle lag die Tschechische Republik (14,3 Tausend Tonnen pro Tag) und an vierter Stelle Ungarn (8,7 Tausend Tonnen).

„Die Erklärung war nicht bindend“

Diese Zahlen erscheinen, zumindest in Bezug auf Polen, realistisch. Orlen-CEO Daniel Obajtek hat in den letzten Wochen mehrfach angekündigt, dass ab Februar rund 10 Prozent des in Plock verarbeiteten Öls aus Russland kommen werden, und zwar in einer Größenordnung von 200.000 Tonnen Rohöl pro Monat aus dem Tatneft-Konzern. Aber erst im Januar hat Orlen 300.000 Tonnen vom Rosneft-Konzern übernommen, gemäß einer im Frühjahr 2021 geschlossenen Vereinbarung mit diesem Unternehmen. Das heißt, im Januar kam ein Drittel des in der Raffinerie Plock verarbeiteten Öls aus Russland.

Der Vertrag von Orlen mit Rosneft lief im Januar 2023 aus und kann aufgrund des EU-Ölembargos gegen Russland weder verlängert noch neu abgeschlossen werden. Orlen selbst war im Januar unter den EU-Unternehmen der größte Abnehmer von russischem Öl. Der Grund dafür ist, dass die Raffinerien in der Tschechischen Republik dem polnischen Unternehmen gehören. Im Januar wurde erwartet, dass die Orlen-Gruppe mehr als 31.000 Tonnen russisches Öl pro Tag einführt, während die ungarische MOL-Gruppe 25.000 Tonnen pro Tag importierte.

Das Ministerium für Klima und Umwelt, das von Anna Moskwa, Obajteks ehemaliger Untergebenen bei Orlen, geleitet wird, erklärte gegenüber Wyborcza.biz, dass die Erklärung der polnischen Regierung, die russischen Ölimporte ab Anfang 2023 zu stoppen, nicht bindend sei. Und die polnische Regierung bemüht sich seit vielen Monaten in der EU um ein Verbot von Öllieferungen über die nördliche Druschba-Pipeline nach Polen und Deutschland, um Orlen vor Streitigkeiten mit russischen Unternehmen wegen Vertragsbrüchen zu schützen.

Weder Ministerpräsident Mateusz Morawiecki noch der Orlen-Chef erklärten, warum solche Vorbehalte bei der Einführung des EU-Embargos gegen russisches Öl und vor der gemeinsamen Erklärung mit der deutschen Regierung, ab Anfang 2023 auf russische Ölimporte zu verzichten, nicht vorgebracht wurden.

Immense Erträge für Orlen

Orlen macht mit der Herstellung und dem Verkauf von Kraftstoffen aus russischem Öl große Gewinne. Denn der Preis für dieses Rohöl ist nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine stark gefallen. Und nach der Einführung des EU-Embargos und der westlichen Preisobergrenze für russisches Öl, das in Länder exportiert wird, die es noch kaufen, ist dieser Rohstoff noch weiter gefallen. Offiziellen Angaben des russischen Finanzministeriums zufolge kostete ein aus Russland exportiertes Barrel Öl im Januar durchschnittlich 49,48 \$ und war damit mehr als 34 \$ billiger als der durchschnittliche Preis für ein Barrel der europäischen Sorte Brent in diesem Monat.

Es ist nicht bekannt, wie viel Orlen für russisches Öl genau bezahlt. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass es sich um einen Preis mit einem großen Abschlag gegenüber Brent-Öl handelt. Und das bedeutet, dass Orlen enorme Gewinne macht, indem es verbilligtes Rohöl aus Russland kauft und daraus Kraftstoff

produziert, der dann zu Preisen verkauft wird, die sich an den Preisen auf dem EU-Großhandelsmarkt orientieren.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.biz/biznes/7,179190,29424717,orlen-wciaz-finansuje-putina-i-czerpie-z-tego-wielkie-zyski.html>

So etwas gibt es nur in Polen. Denn diese Machthaber dürfen alles



Quelle: polityka.pl

Ein Kommentar von **Monika Olejnik**

Wie Jarosław Kaczyński zu sagen pflegte, geht man nicht wegen des Geldes in die Politik. Vielleicht sollte er eher sagen: Für kleines Geld geht man nicht in die Politik.

Da ist also Minister Przemysław Czarnek, der großzügig 40 Millionen Zuschüsse für den Kauf attraktiver Villen und Grundstücke an Stiftungen und Organisationen, die ihm am Herzen liegen, verteilt, weil - wie er sagte - niemand Geld Kommunisten oder Linken geben will. Mehrere hundert Organisationen beantragten Zuschüsse. Wie die TVN24-Journalisten Justyna Suchecka und Piotr Szostak herausfanden, wurde von den 42 Stiftungen, die Zuschüsse erhielten, mehr als die Hälfte in der ersten Phase von den von Minister Czarnek ernannten Experten negativ bewertet.

Die Journalisten überprüften, wer zu den Begünstigten gehörte. Da gibt es zum Beispiel den Pater Mirosław Matuszak von der Stiftung *Pod Damaszkiem*, ein bekannter Gegner von LGBT-Märschen in der Lubliner Gemeinde, der die Teilnehmer als Sodomiten bezeichnete. Berühmt ist, dass er mit den Reliquien des Heiligen Antonius durch die Straßen von Lublin zog, um die COVID-Plage zu vertreiben. Er wurde zur Strafe in ein kleines Pfarrhaus versetzt. Seine Gottesdienste wurden von Minister Czarnek und Kaja Godek besucht. Und er war es, der eine Million für eine schöne Wohnung in Lublin bekam.

Eine halbe Million für die Wärmeisolierung einer Kirche ging an die Pater der *Popieluszko-Stiftung Solidarni*. Sie wurde am 22. September gegründet und legte die Unterlagen am 23. September vor. Die Lokaljournalisten hatten noch nie etwas von der Stiftung *Dumni z Elbląga* [Stolz von Elbląg] gehört, die 2

Millionen für ein schönes Grundstück im Dorf Karczowiska bei Elbląg erhalten hat, wo sie kochen, basteln und einen Garten anlegen wird.

Die Stiftung *Wielki Projekt Polska* [Großes Projekt Polen], in der u.a. Professor Legutko und der stellvertretende Ministerpräsident Gliński sitzen, hat Geld für den Kauf einer 400 Quadratmeter großen Villa in Mokotow - einem der teuersten Stadtteile Warschaws - erhalten. Die von Michał Dworczyk gegründete Stiftung - eine Villa in Saska Kępa, in einer anderen der teuersten Gegenden.

Nach einigen Jahren können sie die erworbenen Grundstücke und Villen zur privaten Nutzung umwandeln. So hilft man sich in Polen.

Der Premierminister ist der Ansicht, dass alles transparent abgelaufen ist und die Regeln klar sind. Das Geld fließt also. Der Rektor der Universität Wrocław erhielt 80 Millionen aus unseren Mitteln für das *Kornel-Morawiecki-Zentrum* für physikalische und chemische Forschung. Die Namensgebung wurde nicht durch die von Kornel Morawiecki gepredigten pro-russischen Ansichten behindert. Er vertrat die Ansicht, dass Russland in der EU sein sollte, weil es gemeinsame Wurzeln und eine christliche Kultur mit Europa teilt. Er behauptete, die Russen hätten sich vier Jahre lang mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, Donezk zu besetzen. Und nun wird ein Zentrum nach ihm benannt, nicht nach der Nobelpreisträgerin Irene Joliot-Curie.

Warum? Weil diese Regierung alles darf. Sie kann nach Belieben Geld an die eigenen Leute verteilen, sie kann Gesetze verabschieden, um Jarosław Kaczyński aus der Patsche zu helfen, damit er nicht zu viel für eine Entschuldigung an Radosław Sikorski zahlen muss, den er einen diplomatischen Verräter genannt hat. Vergleichen wir die Standards: Das FBI durchsuchte das Haus von Präsident Joe Biden. In unserem Land darf die Nationale Rechnungsprüfungskammer PKN Orlen nicht prüfen, weil Daniel Obajtek unter Schutz steht.

So etwas gibt es nur in Polen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,29426837,takie-rzeczy-to-tylko-w-polsce.html>



Quelle: ecfr.eu

„Man sollte in der Lage sein, miteinander zu reden, wenn nötig auch hart, aber so, dass es keine Hassrede ist. Wenn es um Ansichten geht, sollten wir unserer Meinung treu bleiben, und deshalb ist es so wichtig, mit Menschen zu sprechen, mit denen wir nicht einer Meinung sind. Unser Ziel sollte es sein, die Bedingungen für die öffentliche Debatte so zu gestalten, dass sie ein Ort der lebendigen Diskussion und des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Ansichten ist.“

Prof. Karolina Wigura - Historikerin, Soziologin und politische Redakteurin von *Kultura Liberalna*, Polens führender politischer und kultureller Online-Wochenzeitung

Quelle: <https://crowdmedia.pl/prof-karolina-wigura-i-dr-tomasz-terlikowski-rozmowa-z-osobami-o-innych-pogladach-wzmacnia-a-nie-oslabia/>

nachtkritik.de

Polnische Tabus

https://www.nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=22009:theaterbrief-aus-polen&catid=416&Itemid=99

rbb-online.de

Streit um Reparationsforderungen

https://www.rbb-online.de/fernsehen/programm/01_02_2023/1856785.html

fr.de

Austritt aus der Istanbul-Konvention: Polen belässt es bei der Drohung – bisher

<https://www.fr.de/politik/austritt-aus-der-istanbul-konvention-polen-belaesst-es-bei-der-drohung-bisher-92058188.html>

berliner-zeitung.de

Ex-Botschafter Rolf Nickel: „Wir wollten auf Polen nicht hören“

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ex-botschafter-rolf-nikel-wir-wollten-auf-polen-nicht-hoeren-li.312447>

forumdialog.eu

Die polnische Ukrainehilfe

<https://forumdialog.eu/2023/01/27/die-polnische-ukrainehilfe/>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik